



## NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

**Sitzungsnummer:** SOA/04/2017  
**Gremium:** Sozialausschuss  
**Tag:** Mittwoch, 28.06.2017  
**Ort:** Sitzungsraum A.201, Rathaus an der Volme  
**Beginn:** 16:00 Uhr  
**Hinweis:**

### A. TAGESORDNUNG

---

#### I. Öffentlicher Teil

---

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Bericht aus dem Integrationsrat
4. Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen
5. Bericht aus dem Seniorenbeirat
6. Wohnungsmarktstudie der Uni Wuppertal  
Bericht der Verwaltung
7. Bildungs- und Teilhabepaket  
Bericht der Verwaltung und des Jobcenters Hagen
8. Sozialmissbrauch durch schwangere Asyl-Bewerberinnen und Scheinväter  
Anfrage der CDU-Fraktion  
Vorlage: 0551/2017
9. Anzahl der nicht krankenversicherten Personen im Geschäftsbereich des Jobcenters Hagen  
Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv  
Vorlage: 0576/2017
10. Fortschreibung des kommunalen Altenberichtes aus dem Jahr 2000  
Vorschlag der SPD-Fraktion  
Vorlage: 0601/2017



11. Änderung der Richtlinien der Stadt Hagen über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Wohnumfeldverbesserungen durch die Gestaltung von privaten Hof - und Hausflächen  
Vorlage: 0325/2017
12. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung



## **B. SITZUNGSVERLAUF**

---

### **I. Öffentlicher Teil**

---

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

#### **1. Feststellung der Tagesordnung**

Frau Cramer begrüßt die Anwesenden zur letzten Sitzung vor der Sommerpause.

Sie erklärt, dass die Vorsitzende Frau Timm-Bergs für die heutige Sitzung entschuldigt sei.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

#### **2. Mitteilungen**

Frau Kaufmann entschuldigt Herrn Wirth, der an dieser Sitzung nicht teilnehmen könne.

Weiterhin weist sie auf einen Artikel aus dem Focus hin, der als Tischvorlage ausgelegt sei (**siehe Anlage zu TOP 2**).

In dem Artikel werde die zehnte Regionalplanungskonferenz gewürdigt, die in Hagen stattgefunden habe. Herr Goldbach sei namentlich erwähnt und sie freue sich, dass die Stadt Hagen einmal mehr überregional positiv in Erscheinung getreten sei.

Daneben sei eine Mitteilung ausgelegt, in der über freiheitsentziehende Maßnahmen und den Werdenfelser Weg berichtet werde (**siehe Anlage zu TOP 2**).

Auf Bitte von Frau Kaufmann erläutert Frau Korflür den Inhalt der Mitteilung.

#### **3. Bericht aus dem Integrationsrat**

Herr Gül berichtet aus dem Integrationsrat.

#### **4. Bericht aus dem Beirat für Menschen mit Behinderungen**

entfällt



## 5. Bericht aus dem Seniorenbeirat

Herr Wegener berichtet aus dem Seniorenbeirat.

Er berichtet, dass Herr Homm seine Vertretung im Sozialausschuss aufgegeben habe. Er sei nun Mitglied im Stadtentwicklungsausschuss. Zukünftig werde Herr Klein seine Vertretung im Sozialausschuss übernehmen.

Frau Cramer weist darauf hin, dass die neue Vertretungsregelung formal abgewickelt werden müsse.

## 6. Wohnungsmarktstudie der Uni Wuppertal Bericht der Verwaltung

### Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Cramer teilt mit, dass angeregt worden sei, die Tagesordnungspunkte 6 und 11 zusammen zu beraten.

Sie stellt fest, dass die Ausschussmitglieder damit einverstanden sind.

Frau Korn und Frau Dellmann-Amstütz stellen die Wohnungsmarktstudie vor, die als Tischvorlage ausgelegt ist (**siehe Anlage zu TOP 6**).

Frau Kingreen fragt, in welchen Gremien der Bericht vorgestellt werde. Sie sei der Meinung, dass er auch im Umweltausschuss und in den Bezirksvertretungen vorgestellt werden müsste. Es müsse erarbeitet werden, welche Handlungsempfehlungen sich aus dem Bericht ergäben.

Herr Quadt gibt zu bedenken, dass die im Bericht vorgenommene Zuordnung der Bevölkerung Vorurteile schüre. Er stelle diese Einteilung in Frage.

Herr Beuth stellt fest, dass soziale Aspekte in dem Bericht nicht ausreichend gewürdigt würden. Für ihn stelle sich die Frage, wie man gebundenen Wohnraum schaffen und den Übergang bei einem Anstieg der Mieten gestalten wolle. Wie wolle man die Projekte umsetzen?

Frau Buchholz bestätigt, dass die Bezeichnungen auf den ersten Blick plakativ seien. Ihr stelle sich die Frage, wie man Hausbesitzer dazu bringen könne, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen und an welcher Stelle man Einfluss habe.

Frau Engelhardt merkt an, dass sie die Studie dahingehend verstehe, dass es sich um einen Blick auf die derzeitige Situation handele, die Politik aufgreifen und darauf reagieren solle.



Herr Beuth verdeutlicht, dass die Gefahr bestünde, dass Ballungsräume entstünden, wenn der Mietspiegel nicht entsprechend mitsteige. Für Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen seien, blieben nur bestimmte Gegenden übrig, wo sie wohnen könnten. Man müsse gegensteuern, um zu verhindern, dass eine solche Verdrängung produziert werde.

Herr Hentschel erklärt, dass der größte Teil der Wohnungen in Hagen in privatem Besitz seien. In diesen Fällen habe man gar keine Handhabe, auf die Besitzer einzuwirken. Er sei froh, dass die Zusammenarbeit der Genossenschaften in Hagen gut funktioniere. Er befürchte, dass es im Stadtteil Wehringhausen zukünftig zu großen Problemen kommen werde. Wehringhausen werde mit Fördergeldern massiv aufgewertet. Dort seien in den letzten Monaten viele Häuser verkauft worden. Diese Entwicklung müsse man sorgfältig beobachten.

Herr Vesper hat den Eindruck, dass in dem Bericht die laufenden Kosten gar nicht berücksichtigt worden seien. Diese seien aber auch ausschlagend dafür, ob man als junge Familie in Hagen oder in einer anderen Kommune bauen wolle. Das sei ein wichtiger Aspekt für die demographische Entwicklung in Hagen.

Frau Kaufmann stellt die Frage, wie man weiter verfahren wolle. Sei der Bericht ein Auftakt zu einem zukünftigen Handlungsprogramm? In diesem Fall sei der Sozialausschuss davon betroffen.

Frau Korn betont, dass sie es wichtig fände, dass jetzt ein „Handlungskonzept Wohnen“ folge. Dann käme man auf eine praktischere Ebene und das sei ein sinnvoller erster Schritt.

Herr Hentschel empfiehlt, dass man diese Studie mit der Studie der HWG zusammenführe.

Herr Goldbach erklärt, dass die HWG an dieser Studie beteiligt gewesen sei. Bezogen auf den Wortbeitrag von Herrn Beuth macht er deutlich, dass man die Mietobergrenzen aufgrund des steigenden Mietspiegels anpasse. Das werde sich auf das Mietpreisniveau in Hagen und den städtischen Anteil für die Kosten der Unterkunft auswirken. Um wirksam handeln zu können, brauche man ein abgestimmtes Konzept, Bündnispartner und Investoren, die wirksame Modelle unterstützten.

Herr Beuth bittet, den Sozialausschuss regelmäßig zu beteiligen, wenn es zu solch einem Handlungskonzept komme.

Frau Buchholz ergänzt, dass die sozialen Aspekte auch einbezogen werden sollten.



**7. Bildungs- und Teilhabepaket  
Bericht der Verwaltung und des Jobcenters Hagen**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Gierke berichtet über das kommunale Bildungs- und Teilhabepaket (**siehe Anlage 1 zu TOP 7**).

Herr Quadt bittet darum, den Bericht, der als Anlage dem Protokoll beigelegt wird, farbig drucken zu lassen.

Herr Goldbach ergänzt die Ausführungen und entschuldigt die Abwesenheit des Jobcenters. Der von ihm vorgestellte folgende Bericht sei vom Jobcenter verfasst worden (**siehe Anlage 2 zu TOP 7**).

Frau Buchholz erklärt, dass die Kritik an dem Paket immer die gewesen sei, dass es zu kompliziert sei. Nicht alle Anspruchsberechtigten wären darüber informiert. Sie wüsste gern, wie viele Menschen man eigentlich insgesamt erreichen könnte. Diese Zahl sei nicht genannt worden. Sie wundere sich über die Zahl der Inanspruchnahmen, die auch teilweise geringer würde. Man müsse doch eigentlich davon ausgehen, dass das eine gleich hohe Zahl bleibe. Müssten diese Leistungen jedes Jahr neu beantragt werden?

Herr Gierke bestätigt diese Annahme. Der Bewilligungszeitraum stehe in direktem Zusammenhang mit der Bewilligung der leistungsbedingenden Leistung. Wenn zum Beispiel der Wohngeldbescheid noch fünf Monate gültig sei, könne auch nur noch für fünf Monate gewährt werden.

**8. Sozialmissbrauch durch schwangere Asyl-Bewerberinnen und Scheinväter  
Anfrage der CDU-Fraktion  
Vorlage: 0551/2017**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Cramer weist darauf hin, dass zu dieser Anfrage der CDU-Fraktion bereits eine Stellungnahme der Verwaltung vorliege.

Sie weist darauf hin, dass man diese Anfrage gestellt habe, weil diese Fälle überregional aufgetreten worden seien. Die Gesetzeslage müsste sich in dem Zusammenhang ändern, wenn man derartige Fälle zukünftig verhindern wolle. Das müsse man abwarten.

Herr Hentschel weist darauf hin, dass es in Hagen keine derartigen Fälle gebe.



9. **Anzahl der nicht krankenversicherten Personen im Geschäftsbereich des Jobcenters Hagen**  
**Anfrage der Fraktion Hagen Aktiv**  
**Vorlage: 0576/2017**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Cramer weist darauf hin, dass zu der Anfrage eine Tischvorlage ausgelegt ist (**siehe Anlage zu TOP 9**).

Frau Jochheim erläutert die Anfrage und weist darauf hin, dass sie die Stellungnahme weder befriedigend noch ausreichend fände. Sie schildert ein Beispiel anhand eines Einzelfalles.

Herr Goldbach macht deutlich, dass das schwierig zu beantworten sei, da es immer von dem jeweiligen Einzelfall abhänge. Eigentlich sei es so geregelt, dass niemand krankenversicherungslos sein solle. Das Jobcenter stelle dazu fest, dass es gewisse Lebenssituationen geben könne, die dazu führen könnten. Am Ende habe man die Möglichkeit, im Rahmen des SGB XII zu helfen. In diesen Fällen würde man seitens der Verwaltung die Krankenversicherungssituation klären und im Zweifelsfalle zunächst einmal die reduzierten Versicherungsbeiträge übernehmen und versuchen, den Krankenversicherungsschutz wiederherzustellen. Daneben werde natürlich auch ein möglicher Missbrauch geprüft.

Frau Jochheim erklärt, dass in diesem konkreten Fall keine Abhilfe geschaffen worden sei.

Herr Goldbach schlägt vor, den Fall auf direktem Wege auszutauschen.

Herr Quadt fragt, wie es sich in dem Fall verhalte, wenn jemand in einer Bedarfsgemeinschaft nicht krankenversichert sei. Welche Auswirkungen habe das auf die Kinder in der Bedarfsgemeinschaft? Hätten diese dann auch keinen Anspruch auf ärztlichen Leistungen?

Frau Kaufmann führt dazu aus, dass in dem Fall, wenn jemand, der in einem sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnis gestanden habe und dann arbeitslos würde, er in den Rechtskreis des Jobcenters falle und dann ebenso wie seine Kinder weiterhin krankenversichert sei.

Herr Hentschel weist darauf hin, dass die Familienversicherung ab dem 25. Lebensjahr auslaufe. Er schildert einen Fall.



**10. Fortschreibung des kommunalen Altenberichtes aus dem Jahr 2000  
Vorschlag der SPD-Fraktion  
Vorlage: 0601/2017**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach stellt ein Exemplar des Altenberichtes aus dem Jahr 2000 vor.

Er stellt fest, dass man den vorliegenden Bericht in der Form nicht fortführen wolle. Er begründet diese Haltung und führt aus, dass er zu dem Antrag der SPD-Fraktion einen Vorschlag machen möchte. Den Impuls wolle er gerne aufnehmen. Man sei heute bei dieser Planung bei einem anderen Stand der Technik.

Man sei derzeit dabei, das Thema Altenbegegnungsstätten / Altenbegegnung in einen nächsten Teilplan zu fassen. Er schlage vor, dass sich die Verwaltung näher mit der Materie befasse und nach der Sommerpause einen entsprechenden Vorschlag dazu mache, wie man mit einer solchen Auftragslage umgehen wolle.

Er könne dazu jetzt schon sagen, dass man in Teilplänen arbeiten werde, die man zeitnah bereitstellen könne und die dann auch aktuell seien. Man könne sich dann im Sozialausschuss darüber verständigen, mit welchen Prioritäten die verschiedenen Themen bearbeitet werden sollten.

Frau Engelhardt erklärt im Namen ihrer Fraktion, dass sie als Antragstellerin mit diesem Vorschlag einverstanden sei. Sie lege Wert auf eine Darstellung der Lebenssituation der älteren Menschen in Hagen in den verschiedenen Quartieren, damit die Politik zukunftsweisend agieren könne.

Herr Goldbach schlägt vor, den TOP als erste Lesung zu betrachten und in der nächsten Sitzung wieder auf die Tagesordnung zu setzen.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

**Beschluss:**

Die Beratung des Antrages der SPD-Fraktion wird als erste Lesung betrachtet.



**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	3		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD			
Die Linke	1		
BfHo/Piraten Hagen	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13

Dagegen: 0

Enthaltungen: 0

11. **Änderung der Richtlinien der Stadt Hagen über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Wohnumfeldverbesserungen durch die Gestaltung von privaten Hof - und Hausflächen**  
**Vorlage: 0325/2017**

**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Frau Korn erläutert die Vorlage.

Herr Hentschel fragt, bis zu welchem Quadratmeterpreis Ausnahmen möglich seien.

Weiterhin möchte er im Hinblick auf die bewilligten Fördergelder wissen, wie viel Prozent ortsansässige und wie viel Prozent auswärtige Hausbesitzer oder Unternehmen gefördert worden seien. Ihm sei wichtig, dass Vermieter vor Ort unterstützt würden.

**Stellungnahme der Verwaltung:**

*„Seit 2013 wurden für insgesamt 56 Objekte im Bereich der "Sozialen Stadt Wehringhausen" Zuschüsse für die Fassadensanierung gewährt. Davon sind 40 Eigentümer in Hagen ansässig (darunter eine Hagener Wohnungsgesellschaft), das entspricht einem Prozentsatz von 71,43 %.*



*Bezüglich des Höchstbetrages gilt weiterhin der Grundsatz, dass der Zuschuss die Obergrenze von 30,00 € je gestalteter Fläche nicht überschreiten darf. Nur in begründeten Ausnahmefällen (z.B. bei einer aufwändigen Stuckfassade eines Jugendstilobjektes) darf dieser Höchstbetrag überschritten werden. Eine betragliche Bezifferung wurde weder von der Bezirksregierung noch in den verabschiedeten kommunalen Richtlinien vorgegeben. Die Angemessenheit der Kosten wird in jedem Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen durch die zuständige Architektin im Fachbereich Immobilien, Bauverwaltung und Wohnen, Abt. Wohnen, geprüft. Für die Beurteilung sind jeweils drei Kostenvoranschläge einzureichen.*

*Somit wird dem Gebot der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit Rechnung getragen.*

*Sofern notwendige Instandhaltungsmaßnahmen unterlassen wurden, sind diese Kosten vom Eigentümer zu zahlen und werden bei der Zuschussgewährung in Abzug gebracht.“*

Frau Cramer stellt den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

**Beschluss:**

Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt Hagen, den Richtlinien in der vorliegenden Fassung zuzustimmen.

**Abstimmungsergebnis:**

	Ja	Nein	Enthaltung
CDU	4		
SPD	3		
Bündnis 90/ Die Grünen	2		
Hagen Aktiv	1		
FDP	1		
AfD			
Die Linke	1		
BfHo/Piraten Hagen	1		

Einstimmig beschlossen

Dafür: 13  
 Dagegen: 0  
 Enthaltungen: 0



## 12. Anfragen gemäß § 18 der Geschäftsordnung

Frau Kingreen berichtet, dass der Presse zu entnehmen gewesen sei, dass Hagen dadurch auffalle, dass das Gericht das Jobcenter ermahne, weil zustehende Hilfen nicht bewilligt würden. Die Tatsache, dass dies wohl nicht nur in einem Fall vorgekommen sei, habe sie erschüttert.

Sie bitte darum, dass das Jobcenter in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses dazu Stellung nehme.

Herr Hentschel teilt mit, dass es in seiner Anfrage um eine Lese- und Rechtschreibschwäche bei Schülern gehe. Bei Vorlage eines ärztlichen Attests bewillige die Kommune bei Bedarf 25 Nachhilfestunden; im Ausnahmefall bis zu 50 Stunden.

Wie werde seitens der Stadt damit umgegangen, wenn von ärztlicher Seite festgestellt würde, dass der Bedarf wesentlich höher sei und die Nachhilfe weitergeführt werden müsse, um den Schulabschluss zu erreichen?

Herr Goldbach antwortet, dass es hier sehr darauf ankomme, wie der Einzelfall gelagert sei und wie die Begründung aussehe.

In dem geschilderten Fall gehe es um den schulischen Erfolg und dafür sei das Land NRW und die Gestaltung von Schule zuständig. Das sei dann ein Thema der individuellen Förderung und sei von Schule zu leisten.

Wenn es sich im Rahmen der Jugendhilfe um einen Antrag wegen einer seelischen Behinderung und einer drohenden Beeinträchtigung handele, würde nach entsprechender Begutachtung ein Hilfeplanverfahren nach § 35a SGB VIII eingeleitet und die Kosten würden übernommen.

Es handele sich immer um eine Einzelfallentscheidung.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.05 Uhr

gez. Marianne Cramer  
Stellvertretende Vorsitzende

gez. Sabine Hogrebe  
Schriftführerin



Stadt Hagen – Sozialausschuss –

**ANWESENHEITSLISTE**

zur Sozialausschusssitzung am 28.06.2017  
Rathaus an der Volme

Beginn: 16.00 Uhr            Ende: 18.05 Uhr

**1. Mitglieder des Sozialausschusses**

Marianne Cramer (CDU-Fraktion)

---

Corinna Niemann (CDU-Fraktion)

---

Tobias Fischer (CDU-Fraktion)

---

Anja Engelhardt (SPD-Fraktion)

---

Dennis Schrötter (SPD-Fraktion)

---

Rita Huvers (SPD-Fraktion)

---

Oliver Beuth (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

---

Sabine Jochheim (Fraktion Hagen Aktiv)

---

Jan Vesper (FDP-Fraktion)

---

Ingo Hentschel (Fraktion Die Linke)

---

Dennis Quadt (Ratsgruppe BfHo/Pir.)

---

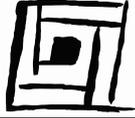
**2. Stellv. Mitglieder des Sozialausschusses**

Achim Kämmerer (CDU-Fraktion)

---

Hildegund Kingreen (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

---



### 3. Sachkundige Einwohner / Beratende Mitglieder

---

Birgit Buchholz (AG Sozialhilfe)

---

Wolfgang Wegener (Seniorenbeirat) bis 17.00 Uhr

---

Aydogan Gül (Integrationsrat)

---

### 4. Stellvertretende beratende Mitglieder

keine

### 6. Gäste:

keine

### 7. Von der Verwaltung:

---

**VB 3** Frau Kaufmann  
**60** Frau Korn  
**60** Frau Dellmann-Amstütz

---

**Fachbereich Jugend & Soziales:** Herr Goldbach 55

---

Frau Korflür 55/2

---

Herr Gierke 55/5

---

Frau Küper 55/7

---

Schriftführerin: Frau Sabine Hogrebe